



Schloß Holte - Stukenbrock, den 01. März 2015

SPERRFRIST: REDEBEGINN !!

HAUSHALTSREDE

von

Gerhard Blumenthal
FDP-Fraktionsvorsitzender

in der

Sitzung des Stadtrats Schloß Holte - Stukenbrock

am

19. Februar 2013

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitarbeiterinnen u. Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die FDP-Fraktion möchte sich bei der Verwaltung für den Haushaltsplanentwurf, der uns als Arbeitsgrundlage für unsere Haushaltsberatungen diene, bedanken. Doch eine kleine Anmerkung sei mir erlaubt. Bei einigen Ausgaben sind die Erläuterungen sehr spärlich bzw. fehlen ganz. Hier erwarten wir noch Verbesserungen im nächsten Haushalt. Diesen Punkt bemängelte auch ein Bürger, der schriftlich Vorschläge zum Haushaltsplanentwurf 2013 eingereicht hatte.

Das Jahr 2012 verlief nach den bisher vorliegenden Ergebnissen erfolgreich für unsere Stadt. Statt eines eingeplanten Defizits von rund einer Million Euro wurde ein Überschuss von voraussichtlich 2,7 Millionen erwirtschaftet. Die Ausgleichsrücklage konnte signifikant auf etwa 12,9 Mio. Euro wieder aufgefüllt werden. Im Dezember 2011 erklärte der Kämmerer noch:

“In den Folgejahren drohen höhere Fehlbeträge und die Haushaltssicherung.“

Durch die Aufstockung der Ausgleichsrücklage ist das Gespenst der Haushaltssicherung fürs Erste vertrieben.

Das alles sind erfreuliche Nachrichten. Zu verdanken haben wir dieses gute Jahresergebnis vor allem der Tatsache, dass der Konjunkturboom nun endlich auch in Schloß Holte-Stukenbrock angekommen ist. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird ca. 1 Million Euro über dem ursprünglichen Ansatz für 2012 liegen. Beim Gewerbesteueraufkommen beträgt das Plus sogar 1,4 Millionen. Man muss also in erster Linie den Arbeitnehmern sowie Unternehmern der Stadt Dank sagen für die wirtschaftliche Stabilität unserer Stadt.

Zur Wahrheit gehört selbstverständlich auch, dass SHS zum ersten Mal seit einigen Jahren wieder Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2012 vom Land NRW erhalten hat. Auch das hat den Haushalt stark positiv beeinflusst.

Für das Jahr 2013 fließen keine Gelder vom Land NRW nach Schloß Holte-Stukenbrock.

Haushalt 2013

Das erfolgreiche Jahr 2012 darf zwar Anlass zum kurzzeitigen Durchatmen liefern, aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Stabilität unserer Finanzen und die Konsolidierung unseres Haushalts auch in Zukunft das beherrschende Thema

unserer Arbeit bleiben muss. Wir wollen und müssen Gestaltungsspielraum erhalten, um den Menschen in unserer Stadt viel bieten zu können.

Für das Haushaltsjahr 2013 wird mit einem Defizit von 2,8 Mio. Euro geplant. Der Haushalt 2013 kann nur ausgeglichen gestaltet werden, indem die 2,8 Mio. Euro Defizit aus der Ausgleichsrücklage entnommen werden.

Hebesatzsatzung 2013

Die FDP beantragte in den vergangenen Jahren eine Erhöhung des Gewerbesteuer-satzes auf 380 Prozentpunkte - so auch für 2013. Als Liberale wollen wir uns nicht damit hervortun, Steuererhöhungen zu fordern. Wir haben uns das nicht leicht gemacht. Es wäre für uns als kleinste Oppositionspartei ein Einfaches gewesen, **keine** Steuererhöhung zu fordern und allen anderen Fraktionen bei Erhöhungen den Vortritt zu lassen. Das ist aber aus unserer Sicht keine glaubwürdige und verantwortungsvolle Politik.

Die derzeitige finanzielle Entwicklung in unserer Stadt zeigt, dass die von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen 380 Punkte durchaus berechtigt wären, denn diese 10 Prozentpunkte hätten Mehreinnahmen von ca. 400.000 Euro bedeutet und den Haushalt um diesen Betrag entlastet.

Mit 380% Punkten bleibt SHS ein wirtschaftsfreundlicher Standort und deutlich unter dem Durchschnittswert des gesamten Kreises Gütersloh.

Zu diesem Thema vielleicht noch einige Gedanken zu unseren Linksparteien im Rat der SPD und den Grünen. Wir als FDP finden, die Anträge inklusive Begründungen zur Hebesatzsatzung im vergangenen Dezember haben auf eklatante Weise offenbart, wofür rot-grüne Finanz- und Steuerpolitik steht. Da wird die Anhebung aller Hebesätze auf das Niveau der fiktiven Hebesätze gefordert, was ein enormer „Schluck aus der Pulle“ gewesen wäre. In der Begründung wird eine, vermutlich meterlange, Liste mit Ideen genannt, wofür das zusätzliche Geld ausgegeben werden sollte: Geringere Müllgebühren, beitragsfreie Kindergärten, Sozialtickets, Nachtbusse, Radwege... die Liste ginge weiter. Einzig **ein** Verwendungszweck für mögliche Mehreinnahmen wurde nicht genannt: **Haushaltssolidierung**.

Rot-grün kann nicht genug öffentliches Geld zur Verfügung haben, als dass denen nicht jede Menge zusätzlicher Themen einfallen würden, um es mit beiden Händen wieder auszugeben.

Geplante Investitionen in 2013

Vielen der geplanten Investitionen können wir als FDP bedenkenlos zustimmen, wie z.B.: den Straßenbaumaßnahmen. Hier freut uns besonders, dass der Ausbau des Kreuzungsbereiches Oerlinghauser Str./Bahnhofstr. begonnen wird. In den einzelnen Ausschüssen wurden auch Anregungen der FDP im Haushalt berücksichtigt.

So haben wir je 30.000 Euro für die ersten Umsetzungen aus dem Stadt- u. Verkehrsentwicklungskonzept eingefordert, was einstimmig angenommen wurde.

Die Errichtung einer Windkraftanlage am Klärwerk können wir zustimmen, wenn eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt wird, was von der Verwaltung fest zugesagt wurde

Aula am Gymnasium

Im Wirtschafts-, Marketing- und Kulturausschuss hatte die CDU-Fraktion den Kosten von 50.000 Euro für die Erweiterung der Ton- und Lichttechnikanlage nicht zugestimmt. Wir als FDP freuen uns, dass dieser Beschluss im HFA von der CDU zurückgenommen wurde. Inzwischen finden viele Veranstaltungen in der Aula statt und wenn es noch gewisse Unzulänglichkeiten gibt, dann müssen diese abgestellt werden.

Eigene Trinkwasserförderung

Den geplanten Investitionen für die eigene Trinkwasserförderung in Höhe von 2,3 Mio. Euro im Jahr 2013 und 2,0 Mio. Euro im Jahr 2014 können **wir jedoch als FDP nicht so zustimmen.**

Hier sei noch einmal ein **kurzer Rückblick** gestattet.

Auch wenn jetzt einige Mitglieder aus den anderen Fraktionen sagen, muss das jetzt sein, so sage ich, ja es muss sein, um unser Abstimmungsverhalten beim Haushalt zu erläutern.

Im März 2012 wurde dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss ein Beschlussvorschlag der Verwaltung vorgelegt, nach dem von der Eigenförderung Abstand genommen werden sollte. **Begründung: langfristig keine Wirtschaftlichkeit.** Dieser Beschluss wurde einstimmig angenommen.

In der folgenden Ratssitzung wurde das Thema vertagt, um dann im Mai 2012 mit großer Mehrheit eine eigene Trinkwasserförderung zu beschließen. Die Daten der Wirtschaftlichkeit hatten sich in der Zwischenzeit nicht geändert. Wie das geht? Wir wissen es auch nicht so genau und wären für jede Aufklärung dankbar.

Dieses veranlasste die FDP-Fraktion, beim Landrat Adenauer im Juni 2012 eine Prüfung dieses Ratsbeschlusses zu beantragen.

In unserem Verständnis sind wir als Kommunalpolitiker dazu aufgefordert, verantwortungsvoll mit öffentlichen Geldern umzugehen.

Im Antwortschreiben des Landrates vom Oktober 2012 heißt es - ich zitiere:

“Im Rahmen meiner kommunalaufsichtlichen Vorprüfung konnte ich im Hinblick auf **die isolierte Entscheidung**, eine eigene Trinkwasserförderung aufzubauen, nicht feststellen, dass **tragfähige Gründe** vorliegen, die eine Investition in dieser Höhe rechtfertigen.“ (Ende Zitat)

Die FDP-Fraktion sieht sich durch dieses Schreiben des Landrates in ihrer Entscheidung bestätigt, auch weiterhin - als alternative Lösung - das Trinkwasser von den Stadtwerken Bielefeld kostengünstiger zu beziehen, wenn eine wirtschaftliche Eigenförderung nicht gewährleistet werden kann.

Im HFA am 27.11.2012 und im Stadtrat stellten wir deshalb noch einmal den Antrag den Aspekt der Wasserversorgung optional sowohl auf Basis eines Zukaufs bei den Stadtwerken Bielefeld als auch als Eigenförderung darzustellen. Dieses wurde in beiden Sitzungen abgelehnt, so dass nur noch die eigene Wasserförderung in Frage kommt. Dieses wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen so beschlossen.

Transparenz bei den entstehenden Kosten ist nicht gewollt. Durch dieses Vorgehen besteht die Gefahr, mögliche anfallende Mehrkosten zu verschleiern.

Wenn die FDP dem Wegfall dieser Alternative zugestimmt hätte, dann hätten wir auch auf die Überprüfung des Ratsbeschlusses durch den Landrat verzichten können.

Wir begrüßen es aber ausdrücklich, dass von der Verwaltung ein Energie- und Wasserversorgungskonzept als Gesamtkonzept erstellt werden soll. Dieses haben wir im HFA am 27.11.2012 und im Stadtrat am 18.12.2012 klar zum Ausdruck gebracht. Auch wenn es einige nicht gerne hören werden: Die Tatsache, dass über ein solches Konzept **zum jetzigen Zeitpunkt** überhaupt nur gesprochen wird, ist dem Einspruch der FDP-Fraktion gegen die ursprünglich geplante isolierte Eigenförderung zu verdanken. Wir werden daran konstruktiv mitarbeiten.

Wirtschaftsförderung

Die FDP hat dieses Jahr nicht darum gebeten, den finanziellen Ansatz für die Wirtschaftsförderung zu erhöhen. Die FDP hatte in den Haushaltsreden seit 2008

eine engere Zusammenarbeit zwischen Tourismus- und Wirtschaftsförderung gefordert. Für das Jahr 2013 äußert die CDU-Fraktion diesen Wunsch. Manche Dinge brauchen eben viel Zeit.

Ausblick auf das Jahr 2013

Im Jahr 2013 wird uns das Thema Energie- und Wasserversorgung weiterhin beschäftigen. Hinzu kommt die Beteiligung am EON-Stromnetz. Hier ist in der heutigen Sitzung eine **Absichtserklärung** zum Erwerb von 0,84% des Festkapital verabschiedet worden. Durch diese Absichtserklärung wird noch keine Verpflichtung zum Kauf von Anteilen eingegangen. Durch die Erklärung erhalten wir von EON weitere Informationen u. Fakten, die evtl. dann zum Kauf von Anteilen führen kann. Daran wollen wir uns beteiligen und deswegen stimmen wir der Absichtserklärung zu.

Mit der Erarbeitung eines **Stadtentwicklungs- und Verkehrskonzept** wurde zwar im Jahr 2012 ein Planungsbüro beauftragt, doch mit den bisher gelieferten Ergebnissen können wir als FDP nicht zufrieden sein. Hier müssen in diesem Jahr noch einige Verbesserungen stattfinden.

Auch bei der **Schul- und Bildungspolitik** sind evtl. Veränderungen zu beschließen. Hier gilt es, die einzelnen Möglichkeiten zu prüfen und für die Schüler in unserer Stadt die beste Lösung zu finden. In den Nachbargemeinden wurden teilweise sehr unterschiedliche Entscheidungen getroffen. Die FDP befindet sich noch in der Diskussionsphase.

Die von der rot/grünen Landesregierung geplante **Solidaritätsumlage** soll im Jahre 2014 eingeführt werden. Nach den bisher vorliegenden Berechnungen würde Schloß Holte-Stukenbrock mit ca. 2 Mio. Euro belastet. Der Innenminister appelliert an die Solidarität der NRW-Kommunen untereinander. Aus Sicht der FDP gibt es diese Solidarität bereits durch das seit langem praktizierte Prinzip der Finanzumlage. Eine darüber hinausgehende Belastung sog. abundanter Kommunen ist für uns nicht gerechtfertigt. Und schon das Wort „Abundanzumlage“ ist eine Geschmacklosigkeit sondergleichen. Abundanz kommt von dem lateinischen Wort „abundantia“ und das heißt auf Deutsch „Überfluss“ oder „Reichtum“. Wenn also nur Kommunen, die im Überfluss leben, an der Umlage beteiligt werden sollten, dann könnte SHS ja wohl nicht betroffen sein. Denn auch wir kämpfen nur um Konsolidierung und nicht darum, wie wir Reichtum am besten verteilen. Aber durch die Zahlungen ist keinesfalls zu

erwarten, dass die Empfängerstädte ihre Haushalte werden sanieren können. Die Geber werden in Ihrer Gestaltungsmöglichkeit vor Ort stark eingeschränkt und sämtliche lokalen Konsolidierungsbemühungen werden ad absurdum geführt. Solidarität ist eine richtige Sache, darf aber keinesfalls dazu führen, dass stabile Städte und Gemeinden in die Haushaltssicherung gedrängt werden. Wir danken der Verwaltung ausdrücklich dafür, dass keine Gelder für diese Umlage in der Finanzplanung berücksichtigt wurden. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als wäre die Stadt bereit, diese fehlgeleitete Finanzpolitik aus Düsseldorf mitzutragen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen beiden Jahren haben wir als liberale Fraktion den Haushalt insgesamt abgelehnt.

In diesem Jahr werden wir uns **der Stimme enthalten**. Allerdings nicht, weil wir keine eigene Meinung hätten. Auf der einen Seite sehen wir, - wie erläutert, - viele richtige Ansätze. Auf der anderen Seite sind wir aber vor allem mit der unnötigen und einseitigen Festlegung auf die eigene Trinkwasserförderung, die die Bürger der Stadt mit höheren Ausgaben belasten wird, im Rahmen des Energie- und Versorgungskonzepts weiter nicht einverstanden. **Eine Zustimmung zum Gesamthaushalt ist für uns daher nicht möglich.**

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit